

# Amtliche Bekanntmachung Nr. 48/2014 des Amtes Kellinghusen für die Gemeinde Hohenlockstedt

## I.

### HAUSHALTSSATZUNG

#### der Gemeinde Hohenlockstedt für das Haushaltsjahr 2014

Aufgrund der §§ 77 ff der GO wird nach Beschluss der Gemeindevertretung vom 06. Februar 2014 – und mit Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde – folgende Haushaltssatzung erlassen:

#### § 1 Haushaltsvolumen

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr **2014** wird

##### 1. im Verwaltungshaushalt

in der Einnahme auf	10.338.300,00 €
in der Ausgabe auf	10.724.200,00 €

und

##### 2. im Vermögenshaushalt

in der Einnahme auf	2.525.300,00 €
in der Ausgabe auf	2.525.300,00 €

festgesetzt:

#### § 2 Kreditermächtigungen und Anzahl der Planstellen

Es werden festgesetzt:

1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf	390.000 €
davon innere Darlehen 0 €,	
2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0 €
3. der Höchstbetrag der Kassenkredite	2.500.000 €
4. die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf	17,34 Stellen

#### § 3 Steuersätze

Die Hebesätze für die Realsteuern werden wie folgt festgesetzt:

##### 1. Grundsteuer

für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	330 v.H.
für die Grundstücke (Grundsteuer B)	330 v.H.

##### 2. Gewerbesteuer

325 v.H.

## § 4 Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Der Höchstbetrag für unerhebliche über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen, für deren Leistung oder Eingehung die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister seine Zustimmung nach § 82 Abs.1 oder § 84 Abs.1 GO erteilen kann, beträgt 5.000 €.

Die Genehmigung der Gemeindevertretung gilt in diesen Fällen als erteilt. Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister ist verpflichtet, der Gemeindevertretung mindestens halbjährlich über die geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben und die über- und außerplanmäßigen Verpflichtungen zu berichten.

## § 5 Budgetregeln

### (1) Grundsätze

Alle Einnahme- und Ausgabehaushaltsstellen der Einzelpläne 0-8 sind einem Budget zugeordnet.

Für die Haushaltsstellen des Einzelplanes 9 wurden Sonderbudgets gebildet.

Durch die Bildung von Budgets soll ein hohes Maß an dezentraler Ressourcenverantwortung für die budgetverantwortlichen und budgetbewirtschaftenden Mitarbeiter/innen erreicht werden. Hieraus folgt eine starke Motivation für die Mitarbeiter/innen zu einem kostenbewussten und wirtschaftlichen Umgang mit den knappen Geldmitteln der Gemeinde.

### (2) Dokumentationspflichten

Für die Budgetbewirtschaftung gilt:

**Wer von positiven Veränderungen profitieren will, muss begründen, dass er diese bewirkt hat.**

**Wer hingegen negative Veränderungen nicht mittragen will, muss begründen, dass er sie nicht zu verantworten hat.**

### (3) Einnahmenbewirtschaftung

- Mehreinnahmen eines Budgets können gem. § 16 Abs. 2 GemHVO-Kameral in voller Höhe für Mehrausgaben desselben Budgets verwendet werden.  
Mehreinnahmen entstehen, wenn die Summe der angeordneten Einnahmen die Summe der Einnahmeansätze übersteigt.  
  
Mehreinnahmen von über 2.500 € sind durch die Budgetverantwortlichen zum Jahresabschluss zu erläutern.
- Ist innerhalb eines Budgets für den Budgetverantwortlichen erkennbar, dass die geplanten Einnahmen nicht in voller Höhe erreicht werden können (Mindereinnahmen), so ist dieses dem Fachbereich 4 – Finanzen – des Amtes Kellinghusen anzuzeigen. Der Fachbereich 4 kann in Fällen, in denen Mindereinnahmen von mehr als 10% zu erwarten sind, eine entsprechende Sperrung von Ausgabeansätzen des Budgets gem. § 16 Abs.3 GemHVO-Kameral vornehmen.  
Die Sperrung kann durch die Bürgermeisterin/den Bürgermeister wieder aufgehoben werden. Die Gemeindevertretung ist über die Mittelsperrungen und die Aufhebung von Sperrungen halbjährlich zu unterrichten.
- Einnahmen, die bislang nicht in einem Budget veranschlagt waren, dem Entstehungsgrund nach aber einem bestimmten Budget zuzuordnen sind (außerplanmäßige Einnahmen), sind ebenfalls Bestandteil des Budgets und werden bei der Deckung des Budgets gem. § 16 Abs. 2 GemHVO-Kameral mit berücksichtigt.
- Mehreinnahmen eines Haushaltsjahres sind gem. § 16 Abs. 2 i. V. m. § 18 Abs. 1 GemHVO-Kameral übertragbar.  
Über die tatsächliche Übertragung der Mittel entscheidet die Bürgermeisterin/der Bürgermeister im Rahmen des Jahresabschlusses.

### (4) Ausgabenbewirtschaftung

- Die Ausgabehaushaltsstellen der einzelnen Budgets sind gem. § 17 Abs. 1 GemHVO-Kameral gegenseitig deckungsfähig; mit Ausnahme der in § 17 Abs. 1 GemHVO-Kameral genannten Fälle:
  - Innere Verrechnungen
  - Verfügungsmittel
  - Kalkulatorische Kosten
  - Rückstellungen.

- Sonderregelung für Personalausgaben  
Die Personalausgaben sind mit den Sachausgaben der Budgets gegenseitig deckungsfähig. Bei Vorliegen einer Personaleinsparung können eingesparte Personalausgaben zu 100% für Sachausgaben im laufenden Haushaltsjahr verwendet werden.

Einsparungen können sich durch Nichtbesetzung von Stellen oder durch Beendigung einer Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ergeben. Nach maximal einem Jahr ist über die Stelle zu entscheiden. Dies gilt nicht, wenn mit der Einsparung der Personalkosten auch die entsprechende Aufgabe entfällt. Über die Wieder- oder Nichtbesetzung einer Stelle im laufenden Haushaltsjahr ist zwischen dem zuständigen Fachbereich und dem Fachbereich 3 im Rahmen des aktuellen Stellenplanes kooperativ zu entscheiden. Die endgültige Entscheidung trifft die Bürgermeisterin/der Bürgermeister.

- Ausgaben, die bislang nicht in einem Budget veranschlagt waren, dem Entstehungsgrund nach aber einem bestimmten Budget zuzuordnen sind (außerplanmäßige Ausgaben), sind ebenfalls Bestandteil des Budgets und werden bei der Deckung des Budgets gem. § 17 Abs. 1 GemHVO-Kameral mit berücksichtigt.
- Soweit Mehrausgaben nicht innerhalb des jeweiligen Budgets gedeckt werden können, ist ein **Verfahren nach § 82 GO** durchzuführen. Zur Deckung ist zunächst ein anderes Budget innerhalb der Budgetgruppe heranzuziehen. Im Ausnahmefall kann ein Budget einer anderen Budgetgruppe herangezogen werden.

#### **(5) Übertragbarkeit**

Die Ausgabeansätze der Budgets sind gem. § 18 Abs.1 GemHVO-Kameral zu 100% übertragbar. Über die tatsächliche Übertragung von nicht verwendeten Haushaltsmitteln entscheidet der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft im Rahmen des Jahresabschlusses auf Vorschlag der Fachbereiche 1-3 unter Beteiligung des Fachbereiches 4.

#### **(6) Sonderregeln für den Einzelplan 9**

Abweichend von den vorstehenden Regelungen gilt für den Einzelplan 9 folgendes:

- a) Mehreinnahmen bei Steuern und allgemeinen Zuweisungen können für Mehrausgaben im selben Jahr bei Umlagen verwendet werden.
- b) Die Ausgaben der Gruppierungsnummer 80 (Zinsen) sind gegenseitig deckungsfähig.

## **§ 6**

### **Sonstige Regelungen zur Mittelbewirtschaftung**

#### **Sperrung der Ansätze des Vermögenshaushalts**

Die Ausgabeansätze des Vermögenshaushaltes sind gesperrt.

Über die Aufhebung der Sperrung entscheidet die Bürgermeisterin / der Bürgermeister nach Antragsstellung durch den bewirtschaftenden Fachbereich und Prüfung durch den Fachbereich 4.

Ist eine Haushaltsstelle zudem durch gesonderten Haushaltsvermerk gesperrt, entscheidet das zuständige politische Gremium über die Aufhebung der Sperrung.

#### **Weitere Regelungen für den Vermögenshaushalt**

Die Ausgaben im Vermögenshaushalt, die innerhalb eines Abschnittes bzw. Unterabschnittes veranschlagt sind, sind gegenseitig deckungsfähig.

Im Einzelplan 9 des Vermögenshaushaltes sind die Ausgaben der Gruppierungsnummern 97 (Tilgungen) gegenseitig deckungsfähig.

Die kommunalaufsichtliche Genehmigung wurde am 01. April 2014 erteilt.

Hohenlockstedt, 03. April 2014

Gez.  
Jürgen Kirsten  
Bürgermeister

## II.

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Jeder kann Einsicht in die Haushaltssatzung und in die Anlagen nehmen. Die Unterlagen liegen in der Amtsverwaltung in Kellinghusen, Am Markt 9, Zimmer 9, aus.

Kellinghusen, 03.04.2014

Gezeichnet (L. S.)  
Clemens Preine  
Amtsvorsteher

Bekanntgemacht über die Internetseite des Amtes Kellinghusen am 04.04.2014.

Der entsprechende Hinweis auf die Bereitstellung unter Angabe der Internetadresse an der Bekanntmachungstafel in der Wilhelmstraße (Rathaus) ist erfolgt.